

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 98 646-48 pbbn d

## Inhalt

Rainer Offergeld, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, würdigt das kirchliche Engagement für Länder der Dritten Welt.

Seite 1/2

Klaus Konrad, Umweltschutz-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, weist die CDU-Kritik am Abwassergesetz zurück.

Seite 3/4

Olaf Schwencke, Kultur-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, wertet den Film "Holocaust" als Chance zu einem geschärften politischen Bewußtsein.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 106-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 06 11

34. Jahrgang / 20

29. Januar 1979

Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen fortsetzen

Kaum ein Feld der Politik bedarf so sehr eines Grundkonsens wie die Entwicklungspolitik

Von Rainer Offergeld MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Unter dem Motto "Entwicklung als internationale soziale Frage" haben die beiden Kirchen einen ausführlichen Dialog mit den großen gesellschaftlichen Gruppen, mit Gewerkschaften, Unternehmern, Bauernverbänden und mit den im Bundestag vertretenen Parteien aufgenommen. Dieser Dialog ist deshalb so wichtig, weil er die Gruppen mit der Gretchenfrage konfrontiert: Wie hältst Du es mit der Entwicklungspolitik? Die Kirchen, die selbst nach einem intensiven Meinungsbildungsprozeß zu zentralen entwicklungspolitischen Fragen Stellung bezogen haben, ermutigen nun andere, ihre Position zu bestimmen, Interessen offenzulegen, Wege zu gemeinsamem Handeln zu suchen.

Dieser Dialog fand seinen bisherigen Höhepunkt auf dem entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen, der am 27. Januar 1979 in Bad Godesberg zu Ende ging. Dort zeigte sich erneut der Pluralismus der Wege, Ziele und Werte, der die vielfältigen Initiativen kennzeichnet, eine Antwort auf die internationale soziale Frage "Entwicklung" zu finden. Deutlich wurde auf dem Kongreß aber auch, daß kaum ein Feld der Politik so sehr eines Grundkonsens bedarf, wie die Entwicklungspolitik.

Grundkonsens sehe ich im zentralen Anliegen der Entwicklungspolitik, den Menschen in der Dritten Welt zu helfen, besser zu leben, nach ihren Interessen und ihren Wertentscheidungen. Nur dieser Ansatzpunkt rechtfertigt eine eigenständige Entwicklungspolitik. Ging es nicht darum, wäre Entwicklungspolitik nichts weiter als welt-

weite Außenpolitik, internationale Wirtschaftspolitik, globale Sicherheitspolitik. Das ist sie aus meiner Sicht alles auch, aber eben nicht nur.

Ich bin froh, daß sich der Kongreß der Kirchen um einen Grundkonsens bemüht und Fortschritte erzielt hat. Es wird sich zeigen, ob die entwicklungspolitische Debatte in Zukunft weniger konfliktrüchtig sein wird.

- Ich erinnere an die Konflikte, wenn ein DED-Helfer durch sein Engagement für benachteiligte Gruppen politischen Ärger hervorruft.
- Ich nenne das Problem, den offenen Markt bei uns auch dann zu verteidigen, wenn man vor der Betriebsversammlung eines betroffenen Unternehmens spricht, das über Konkurrenz aus Entwicklungsländern klagt.
- Ich frage mich, wie die Reaktion künftig sein wird, wenn wir Länder unterstützen, die sich nicht alles von einem marktwirtschaftlichen System versprechen.
- Und ich frage mich, ob in Zukunft die Auseinandersetzung in unserem Land geringer sein wird, wenn die Regierung versucht, im südlichen Afrika eine Politik zu verfolgen, die unbestrittenen Maßstäben unserer eigenen Geschichte beim Kampf gegen undemokratische Herrschaft entspricht.

Die Bundesregierung wird die Arbeit dieses Kongresses sorgfältig auswerten. Sie wird den Faden des Dialogs mit den gesellschaftlichen Gruppen nicht abreißen lassen. Im Gegenteil: Sie wird sich weiter intensiv an der Diskussion um Wege und Ziele der Entwicklungspolitik beteiligen.

(-129.1.1979/va-be/10)

+ + +

### Bedenkliche Diskussion über das Abwasserabgabengesetz

-----  
CDU-Forderungen nach Aufhebung des Gesetzes sind unverantwortlicher Rückschritt

Von Klaus Konrad MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen

In Baden-Württemberg hat eine Gruppe von CDU-Landtagsabgeordneten die Landesregierung aufgefordert, einen Antrag im Bundesrat einzubringen, mit dem das Abwasserabgabengesetz wieder aufgehoben werden soll. Damit ist eine Diskussion in Gang gebracht worden, die für den Gewässerschutz in der Bundesrepublik Deutschland verheerende Folgen nach sich ziehen kann. Denn auch aus dem Freistaat Bayern kommt die Nachricht, daß dort von der CSU das Abwasserabgabengesetz daraufhin überprüft wird, ob es zur Verminderung der Bürokratie in der Staatsverwaltung aufzuheben wäre.

Wer sich gegen das Abwasserabgabengesetz wendet, verkennt den Zusammenhang zwischen der Abwasserabgabe und den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes, die dem Vollzug eines wirksamen Gewässerschutzes dienen. Die Abwasserabgabe ist keineswegs als Finanzierungsinstrument gedacht und ausgestaltet. Vielmehr entspricht sie marktwirtschaftlichen Erfordernissen und dient der Durchsetzung des Verursacherprinzips. Wer Abwasser nicht nach den anerkannten Regeln der Abwassertechnik klärt, muß nach dem Grad der von ihm bewirkten Gewässerverschmutzung eine Abgabe zahlen. Außerdem dient diese Abgabe auch dem finanziellen Ausgleich der nicht zu beseitigenden Restverschmutzung. Daran entzündet sich immer wieder die Kritik von der kommunalen Seite. Doch ist diese Aufgabe der Abwasserabgabe bei der sehr langwierigen und sorgfältigen Beratung des Gesetzes stets beachtet worden. Sie ist auch in den Kompromiß zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern und der Industrie einbezogen worden, der überhaupt die Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1976 erst ermöglichte.

Wenn jetzt in einzelnen Bundesländern geltend gemacht wird, daß die Vorbereitungen, die für die Erhebung der Abwasserabgabe ab 1. Januar 1981 zu treffen sind, auf große Schwierigkeiten stoßen, so muß das als ein Armutszeugnis für die zuständigen Ministerien bezeichnet werden.

Das im Jahre 1976 verabschiedete Gesetz ist am 1. Januar 1978 in Kraft getreten und sieht für die notwendige Umstellung der Einleitungsbescheide und für die Vorbereitung der Erhebung der Abwasserabgabe eine Frist von drei Jahren bis zum 1. Januar

1981 vor. Nimmt man noch die Zeit hinzu, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes verstrichen ist, dann kommen noch einmal eineinhalb Jahre seit der Verkündung des Gesetzes dazu. Niemand kann sagen, daß diese Zeit nicht ausreichen kann.

Es ist zu befürchten, daß das "laute Denken" aus Baden-Württemberg und Bayern in anderen Landtagen und bei den Gemeinden und bei der Industrie nicht überhört wird. Die Hoffnung, daß im Bundesrat doch noch ein Vorstoß gemacht wird, die Abwasserabgabe wieder zu beseitigen, könnte einen hemmenden Einfluß auf die Beratungen der Landeswassergesetze in anderen Bundesländern haben. Außerdem wäre es nur zu verständlich, wenn jetzt bei den Gemeinden und in der Industrie Planungen für den Neubau oder die Erweiterung von Kläranlagen zurückgestellt würden. Abgesehen davon, daß auf dem Gebiete des Gewässerschutzes bei Wegfall der Abwasserabgabe ein unverantwortlicher Rückschritt eintreten würde, muß sich eine Diskussion um die Abwasserabgabe als eine echte Investitionshemmung erweisen.

Auch wenn es nicht schwerfallen würde, hier die "Investitionskiller" sicher auszumachen, wäre dies gegenüber dem zu erwartenden Schaden ein wenig befriedigendes Ergebnis. Auch etwas anderes haben die Gegner der Abwasserabgabe in ihrer jetzigen Form nicht bedacht. Wenn geltend gemacht wird, daß das Aufkommen bei dem verhältnismäßig niedrigen Anfangssatz im Vergleich zu den entstehenden Verwaltungskosten zu gering ist, wird damit ein Argument geliefert, das eine Erhöhung der Abwasserabgabe noch vor der ersten Erhebung im Jahre 1981 als wünschenswert erscheinen läßt. Es war aber bisher überwiegende Ansicht, daß zunächst einmal Erfahrungen mit der sich jährlich erhöhenden Abgabe gesammelt werden sollten, bevor Überlegungen zur Veränderung angestellt werden.

Es ist höchst bedauerlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Abwasserabgabe ins Gerede zu kommen droht, wenn etwa zur selben Zeit in der Europäischen Gemeinschaft daran gedacht wird, in anderen Mitgliedstaaten eine Abgabe nach deutschem Vorbild einzuführen. Es liegt im Interesse des Gewässerschutzes in der Bundesrepublik Deutschland, daß die Diskussion um die Abwasserabgabe so schnell wie möglich beendet wird und für die Behörden und Einleiter Klarheit darüber besteht, daß die Abgabe ab 1. Januar 1981 erhoben wird. (-/29.1.1979/-vohel/lo)

+

+

+

Die Fähigkeit zu trauern  
-----

Der Film "Holocaust" und unsere Wirklichkeit

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Betroffenheit. Überall tiefe Betroffenheit. "Holocaust" hat vom ersten Sendeabend an immer mehr Bürger dieser Republik innerlich bewegt. Meine 70jährige Mutter zum Beispiel hat sich "furchtbar geschämt", und die Freunde meiner Kinder haben fassungslos gefragt: "Warum haben Menschen so etwas getan?" "Holocaust" hat diese und andere Fragen endlich massiv aufkommen lassen; das Problem der Vergangenheitsbewältigung steht nun in einem neuen Zusammenhang an. Sind wir politisch hinreichend für Antworten gewappnet?

Der Film hat, vielleicht gerade auch aufgrund seiner trivialen Passagen, weil peinlich kitschigen, warenästhetischen Dramaturgie, einen unerwarteten Motivationsschub gebracht. Dieser ist aufzunehmen. Dennoch: Machen wir uns nichts vor. Auschwitz und Buchenwald sind nicht konsumierbarer geworden. Die entscheidende politische Frage, die Helmut Schmidt am Tag der 40. Wiederkehr der sogenannten Reichskristallnacht in Köln gestellt hat, bleibt offen: "Wenn wir es besser machen wollen als die damaligen Generationen, dann müssen wir wissen, was jene falsch gemacht und warum sie gefehlt haben."

Hier beginnt unser politischer Auftrag, und wir Politiker, Pädagogen und Wissenschaftler dürfen den wirkungsvollsten "Lehrer der Nation", das Fernsehen, mit dieser Aufgabe nicht allein lassen; auch der Bundestag wird sich künftig öffentlich daran messen lassen müssen, ob emotionale Betroffenheit zu neuem politischen Bewußtsein wächst. Zur Vergangenheitsbewältigung gehört die Fähigkeit, trauern zu können.

"Holocaust" hat dazu, von den Kritikern (auch mir) unerwartet, einen erheblichen Beitrag geleistet.  
(-/29.1.1979/vo-he/lo)